

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 19 Berlin und Bonn

22. Oktober 2020



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Das Ehrenamt stärken – aber wie?

(BS) Ich habe bereits an vielen Stellen ausgeführt, dass die einfachste Form der Stärkung des Ehrenamtes eigentlich darin besteht, es nicht zu behindern.

Ehrenamtliche sind jederzeit bereit, Ausbildung, Übung und Einsatz zu vollziehen. Ehrenamtliche wollen gefordert werden, dürfen aber nicht überfordert werden. Ehrenamtliche wollen gerne genutzt werden, aber dürfen nicht ausgenutzt werden. Ehrenamtliche dürfen gebraucht werden, solange sie nicht missbraucht werden. Ehrenamtliche erwarten weder Entgelt noch übermäßigen Dank.

Wenn die Wertschätzung verbessert werden soll, hätte der Bundesrat und der Bundestag manche Möglichkeit dies zu tun. Die Millionen Ehrenamtliche warten darauf.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Triage in Pandemiezeiten

(BS) Mit den steigenden Infektionszahlen, der begrenzten Anzahl an Intensivbetten in deutschen Krankenhäusern und den Bildern aus Italien und Frankreich vom Anfang dieses Jahres wird nun eine unangenehme aber wichtige Frage wieder stärker diskutiert: Welche Patienten sollen bei begrenzten medizinischen Ressourcen prioritär behandelt werden?

Für die Triage, also der Einteilung von medizinischen Hilfeleistungen bei geringen Ressourcen, gibt es keinerlei gesetzliche Normen wie bei Extremsituationen vorzugehen ist. Der Pandemieplan, der Anfang der Corona-Krise aus der Schublade gezogen wurde, gibt dabei nur Empfehlungen. Juristen haben zu dem Einteilungsverfahren mehrere mögliche Standpunkte formuliert. So könnte unter anderem das Prinzip "first come, first serve", nach Losverfahren oder nach Lebensdauer des Patienten die Triage durchgeführt werden.

Entscheidung liegt bei den Medizinnern

Gegen diese Einteilung wehrt sich Prof. Dr. med. Leo Latasch, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM), massiv. DGKM vertrete die Auffassung, dass eine prognostische Aussage zur Erfolgsaussicht der Behandlung in der Anfangsphase auf keinen Fall möglich sei. Ebenso seien die Entscheidungskriterien von Alter, Herkunft oder Behinderung sowie die genannten juristischen Standpunkte aus medizin-ethischer Sicht nicht vertretbar. Er ist der Überzeugung: "Der Patient, der am schlimmsten betroffen ist, soll auch die maximale therapeutische Behandlung erhalten." Weiter stellt Latasch klar: "Juristen haben nicht über eine Behandlung zu entscheiden, sondern Mediziner." Eine Entscheidung darf nur aufgrund



Prof. Dr. med. Leo Latasch, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM), sieht die Entscheidungskompetenzen bei Medizinnern.

Foto: BS/Klawon

rein medizinischer Basis getroffen werden. In ihrer [Orientierungshilfe](#) schreibt die DGKM: "Klinisch-ethisch empfehlen wir, auf Behandlung derer zu verzichten, bei denen keinerlei Erfolgsaussicht gegeben ist."

Für eine Behandlung müsse jede Entscheidung individuell und patientenzentriert durchgeführt werden. Außerdem müsse die Entscheidung über die Behandlung von mehreren Personen getroffen werden. Grundsätzlich müsse zudem das Entscheidungsverfahren transparent und nachvollziehbar sein.

Latasch sieht jedoch nicht den Mangel an medizinischen Ressourcen, wie Beatmungsgeräte, als problematisch an, sondern den Mangel an Ärzten, Sanitätern und Pflegekräften. Es gebe nicht genügend Personal, um ein hohes Patientenaufkommen zu versorgen. Der Mediziner sieht dabei die Bundes- und die Landesregierungen in der Pflicht, für eine bessere Versorgung und Personalausstattung zu sorgen.

Inhalt/Themen

[Bewerbung für rescEU-Vorhaltung.. 2](#)

[Richtfest bei der DLRG 4](#)

[Rechter Chat in TH 6](#)

[DFV-Wahl wieder verschoben..... 7](#)

Bewerbung für rescEU-Vorhaltungen

(BS) Die Hilfsorganisationen in Deutschland ziehen weitere Lehren aus der Corona-Pandemie und haben sich bei der Europäischen Union um die neuen Bevorratungsstandorte für medizinisches Equipment und Persönliche Schutzausrüstung (PSA) im Rahmen von rescEU beworben. Das Kompetenzzentrum Europäischer Katastrophenschutz der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) übernimmt die Funktion des Hauptantragstellers und koordiniert das Projekt.

Im Rahmen des Projekts sollen an mehreren Standorten in der Bundesrepublik Lager aufgebaut werden. Geplant sind neben PSA u. a. Einlagerungen von Impfstoffen, Antikörpertests und Ebola-Therapeutika. Eine Entscheidung über die Bewerbung wird bis Ende des Jahres erwartet. Nach einem positiven Bescheid entscheiden die Projektpartner über die genauen Standorte. Die Einrichtung und Bestückung könnte dann Anfang 2021 beginnen. Die Vorhaltungen werden komplett von der EU im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens rescEU finanziert.

Das Vorhaben findet in enger Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium (BMI) statt. An der Bewerbung sind als Projektpartner das Deutsche Rote Kreuz (DRK), der Malteser Hilfsdienst (MHD), die Charité sowie die Bundesländer Brandenburg und Niedersachsen beteiligt. Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG), das Robert



Mit den Lagerstandorten im Rahmen von rescEU sollen zukünftige Lieferschwierigkeiten der Vergangenheit angehören.

Foto: BS/Johanniter

Koch-Institut (RKI) sowie das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sind als unterstützende Partner tätig.

Als Reaktion auf die Engpässe mit medizinischem Material im März dieses Jahres entschied die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten, eine rescEU-Vorhaltung aufzubauen. Demnach sollen in mehreren Staaten Lagerstandorte aufgebaut und unterhalten werden. Im Ernstfall findet die Verteilung der medizinischen Güter nach einem entsprechenden Hilfsersuchen im Rahmen des Unionsverfahrens statt.

Durch die Bevorratung sollen zukünftige Mangelsituationen verhindert werden. Auf die Vorhaltungen können dann die EU-Mitgliedstaaten oder weitere Teilnehmerstaaten des Katastrophenschutzverfahrens, wie Norwegen oder Serbien, zugreifen.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie des Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 15. Oktober:](#)

- Sisyphos-Beschaffung Sturmgewehr
- Die NATO – Weit mehr als ein militärisches Zweckbündnis
- Sachstand TLVS

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 19. Oktober:](#)

- Polizeigesetz im Saarland verabschiedet
- Mangelhafter Austausch zu Schwarzarbeit

[Podcast "Public Sector Insider" vom 20. Oktober:](#)

- Vertane Chancen
- Keine gute Werbung

[Newsletter "E-Government, Informatikstechnologie und Politik" vom 21. Oktober:](#)

- E-Government: Corona-Effekt bleibt aus
- Ulm beschließt Datenethikkonzept

Der Online-Kongress Deutschlands für
IT- und Cyber-Sicherheit bei Staat und Verwaltung

PITS 2020 online

**...Default Public Data Transformation...
Next Generation IT-Security**

11.-12. November 2020

kostenfreie Teilnahme

www.public-it-security.de

Eine Online-Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Vielfältige Ansätze

(BS) Im Öffentlichen Dienst sind Mitarbeitende immer häufiger mit verbaler und physischer Gewalt konfrontiert. Besonders betroffen sind Einsatzkräfte bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zügen und im



Der [Behörden.Blog](#) bietet eine Plattform zum Austausch von Erfahrungen und eine Übersicht für Ansprechpartner.

Screenshot: BS/Klawon

ÖPNV, aber auch das Personal aus kommunalen Ämtern und Arbeitsagenturen.

Um den Betroffenen zu helfen, wurden ganz unterschiedliche Konzepte entwickelt. Während das Land NRW und das Bundesinnenministerium auf Kampagnen setzen, die für mehr Respekt für Einsatzkräfte werben, hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) eine Hotline eingerichtet. Beim Helferinnen- und Helfertelefon „Ruf Robin“ kann sich die oder der Betroffene Rat holen und über Erlebtes sprechen. Ganz unabhängig davon, ob er/sie Mitglied in der EVG ist.

Welches Projekt, Angebot oder Kampagne haben Sie für Bedienstete im Öffentlichen Dienst geschaffen oder geplant? Auf [behoerden.blog](#) können Sie Ihre Arbeit vorstellen und/oder Kontaktdaten für Betroffene platzieren. Bei Interesse schreiben Sie an unser Blog-Team unter: info@behoerden.blog

Plattform für Opfer

(BS) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat eine neue bundesweite Opferschutzplattform ins Leben gerufen. Unter www.hilfe-info.de finden die Opfer von Straftaten Informationen zu Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten, finanziellen Unterstützungsleistungen und zum Ablauf von Strafverfahren. Ebenso können die Betroffenen schnell Hilfsangebote in ihrer Nähe mit telefonischer, Online- oder persönlicher Beratung finden.

"Wir dürfen Betroffene von Straftaten nicht alleine lassen. Wer Opfer einer Straftat wurde, braucht schnelle und unbürokratische Unterstützung. Es kommt darauf an, schnell die Stellen zu finden, die für Hilfe, Schutz und Unterstützung sorgen können. Wichtige Informationen und Unterstützungsangebote haben wir jetzt auf einer Internetseite gebündelt", erklärte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD).

**BLITZSCHNELL BEREIT
FÜR DEN EINSATZ**

ELTEN.COM

ELTEN

CRUZ GTX F2A
ART. NR.: 89611 | GR.: 38 – 50

**PRAKTISCHER SCHLUPFTIEFEL ERMÖGLICHT BESONDERS SCHNELLES AN- UND AUSZIEHEN,
HITZEBESTÄNDIGE MATERIALIEN SCHÜTZEN DIE FÜSSE ZUVERLÄSSIG VOR FEURIGEN GEFAHREN.**

Richtfest bei der DLRG

(BS) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) feierte Richtfest einer neuen Halle für die europäische Katastrophenhilfe. Nach dem Erweiterungsbau des Tagungszentrums in Bad Nenndorf ist die Halle das nächste Bauprojekt.

In der Halle finden alle Fahrzeuge, Anhänger und Boote des EU-Moduls "Flood Rescue using Boats" (FRB) Platz, die die DLRG im Rahmen dieses Programms zur Verfügung stellt. FRB ist Teil des EU-Katastrophenschutz-Mechanismus. Das Bundesinnenministerium (BMI) hatte die Hilfsorganisation mit der Bereitstellung einer Einheit beauftragt. Die FRB-Einheit der DLRG wird in Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk (THW) aufgebaut.

"Mit der Halle tragen wir unseren Teil dazu bei, bei Rettungseinsätzen unter Einsatz von Booten bei Überschwemmungen auf Anforderung eines anderen Mitgliedsta-



(v.l.n.r.) Generalsekretär Ludger Schulte-Hülsmann, Präsident Achim Haag, Stiftungsvorstände Joachim Kellermeier und Holger Fährmann, Samtgemeindegemeindevorstand Maik Schmidt feierten das Richtfest.

Foto: BS/DLRG, Christopher Dolz

tes über die EU zum Einsatz zu kommen", sagte Achim Haag, Präsident der DLRG, beim Richtfest.

Mit der Einsatzeinheit des FRB kann die DLRG in bis zu 1.500 Kilometern Entfernung entlang der deutschen Außengrenzen im Rahmen von Hilfesuchen agieren und bis

zu zehn Tage lang autark arbeiten. Möglich macht dies die Camplogistik der Einheit. "Vor Ort werden dann rund 40 Helferinnen und Helfer mit 15 Fahrzeugen und elf Booten in der Lage sein, 50 Betroffene zu jeder Tageszeit und bei jedem Wetter zu retten und zu transportieren", erläuterte Haag.



IHR KOMPETENTER PARTNER FÜR
PROFESSIONELLE DROHNENSYSTEME
UND BOS-LÖSUNGEN



DJI MATRICE 300 RTK

- Triple Kamera
- Laserentfernungsmesser
- 40x optischer Zoom
- Wärmebildkamera
- IP 45
- Emissionsdetektoren



DJI MAVIC 2 ENTERPRISE

- Thermal oder Zoom Kamera
- Lautsprecher und Scheinwerfer
- Flugkörper- und Propellerschutz

Einsatzbereiche

- Aufklärung & Einsatzkoordination
- Personen- und Vermisstensuche
- Brandentwicklung & Glutnestersuche
- Emissionsmessungen
- Schadensdokumentation
- Verkehrsbeobachtung
- Abstandsmessung
- Crowd Management

Globe Flight - Auf einen Blick

- Beratung, Verkauf und Service von Profis mit jahrelanger Erfahrung
- A.S.T. - Anerkannte Prüfstelle für Kenntnisnachweise
- Globe Flight Academy - Trainings- und Schulungsprogramme für Piloten
- Globe Flight RepairCenter - Zertifiziertes Reparatur und Service-Center
- Autorisierter Distributor und Partner der Unternehmen DJI und FLIR
- Mehr als 100 zufriedene BOS Kunden Deutschlandweit

09401/949 88 88 | Info@globe-flight.de | www.globe-flight.de

Mobile Einsatzküchen für NRW

(BS) Die neuen mobilen Einsatzküchen für die Hilfsorganisationen in Nordrhein-Westfalen wurden präsentiert. Insgesamt werden 108 Verpflegungsmodule an die Organisationen verteilt. Die Module sind auf dem neusten technischen Stand und erfüllen die Standards von Bundeswehr und dem Technischen Hilfswerk (THW) für den mobilen Einsatz. Sie können innerhalb von Gebäuden, Zelten und unter freiem Himmel aufgebaut werden. Die Küchen sind unter anderem mit Arbeitstischen aus Edelstahl, induktionsfähigen Gastro-Normbehältern, mobilen Heißluftbacköfen und beleuchteten Küchenbereichen

ausgestattet. Die Ausstattung der Küche ist auf zwölf Rollcontainer verteilt, die als Arbeitsmittel für den Transport als auch für den Betrieb am Einsatzort dienen. Das Modul ist durch DIN-Stromerzeuger komplett autark.

Je Verpflegungsmodul fallen Kosten von 165.000 Euro an, sodass sich die Kosten auf insgesamt 18 Millionen Euro belaufen. Zusätzlich wurden 108 LKWs zum Transport der Einsatzküchen für insgesamt 18 Millionen Euro beschafft. Bis Ende 2020 sollen 85 Verpflegungsmodule ausgeliefert werden. Die restlichen 23 sollen im kommenden Jahr folgen.



Der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Herbert Reul (CDU), präsentierte die mobilen Einsatzküchen für die Hilfsorganisationen des Landes.

Foto: BS/IM NRW Caroline Seidel

Mehr fürs Ehrenamt tun

(BS) Der Bundesrat fordert eine bessere Würdigung des Ehrenamts. Die Bundesregierung und der Bundestag soll ehrenamtliches Engagement steuerlich besser honorieren. Hintergrund war eine Diskussion auf der Sitzung des Rates über die Regierungspläne für das Jahressteuergesetz 2020. Die Übungsleiterpauschale soll auf 3.000 Euro und die Ehrenamtspauschale auf 840 Euro steigen. Diese Pauschalen wurden zuletzt 2013 angepasst.

Ebenso soll der Freibetrag der Körperschaftsteuer für gemeinnützige Vereine und Stiftungen von derzeit

5.000 Euro auf 7.500 Euro erhöht werden. In der Stellungnahme zu dem Jahressteuergesetz heißt es von Seiten des Bundesrates: "Entlastungen für ehrenamtlich Tätige sind daher ein Kernpunkt zur Stärkung der Mitte der Gesellschaft und zur Entfaltung von weiterem Potenzial für bürgerschaftliches Engagement."

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD hatte man sich zu Beginn vorgenommen, die Bedingungen für das Ehrenamt zu verbessern. Bisher hatte sich aber in diesem Bereich wenig getan.

WEBINARE

Dateninfrastruktur der Zukunft – souverän und vernetzt

Freitag, der 30. Oktober, 10:00 bis 11:30 Uhr



Andreas Claus Schmidt
Distinguished Technologist, HPE



Patrick Schmidt
Managing Director EMEA, Pensando



Ralph Schirmeisen
HPE Chief Technologist – öffentlicher Bereich

Einwendungsmanagement in Infrastrukturprojekten: Wie Datenanalyse und Künstliche Intelligenz die Öffentlichkeitsbeteiligung beschleunigen

Freitag, der 06. November 2020, 10:00 – 11:00 Uhr



Helgard Kleischmann
Sachgebiet Planfeststellung im Landesbetrieb Straßenbau, NRW



Vera Grote
Partnerin bei Johanssen + Kretschmer, Fachkompetenz Dialog und Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung



Rolf Lührs
CEO, DEMOS E-Partizipation GmbH



Frau Miriam Kummel
Data Scientist, DEMOS E-Partizipation GmbH



Stefan Hagenberg
Referatsleiter, Bundesnetzagentur

Alles in einem System:

Webbasierte Liquiditätsoptimierung für Kommunen

Freitag, der 13. November, 10:00 bis 11:00 Uhr



Henning von Tresckow
CEO und Gründer, Trinity Management Systems GmbH



Christoph Budde
Direktor Vertrieb, Trinity Management Systems GmbH



Manfred Uhlig
Kämmerer der Hansestadt Lübeck

Cyber Sicherheit:

Herausforderungen und kritische Erfolgsfaktoren in der Praxis

Dienstag, 17. November 2020, 10:00 – 11:30 Uhr



General Armin Fleischmann
Brigadegeneral & Abteilungsleiter Planung im Kommando Cyber- und Informationsraum



Peter Vahrenhorst
Leiter Cybercrime NRW, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen



Markus Hartmann
Oberstaatsanwalt als Hauptabteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft Köln und Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW)



Dr. Thierry Bücheler
Leiter Innovation Strategy und Operations Team Oracle NEXT in EMEA und JAPAC, Oracle

Das Rechenzentrum umfassend schützen – Informationssicherheit individuell und modular managen

Donnerstag, 19. November, 14:00 - 15:00 Uhr



Benjamin Greve
Senior Sales Engineer, Trend Micro



Marco Wienrich
Major Account Manager, Public & Government, Trend Micro



Sven Himmel
Sales Engineer, Trend Micro

Digitalisierung und kontaktlose Datenerfassung für die öffentliche Sicherheit

Donnerstag, 19. November 2020, 10:00 – 11:00 Uhr



Michael Fertig
Senior Account Manager New Markets – DACH, Zebra Technologies Germany GmbH



Alexander Loidolt
SVP, Enterprise Business, Anyline GmbH

Webinare des **Behörden Spiegel**

e-learning in Hessen

(BS) Das e-Learning-Angebot der Hessischen Landesfeuerwehrschule (HLFS) wird deutlich ausgebaut. Dabei werden auch die Lehrgänge und Seminare auf Kreisebene miteinbezogen. Dies kündigte Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) an.

Dem Ausbau ging der Pilotlehrgang "e-Gruppenführer" voran. Der digitale Lehrgang wird seit 2018 an der HLFS angeboten. Zusätzlich zu diesem Lehrgang wird jetzt auch das Modul "Leiter einer Feuerwehr" online angeboten. In der Planung befinden sich momentan die Einführung des Lehrgangs "e-Zugführer" sowie die Integration der Kreisausbildung. Dabei wird Landkreisen die Möglichkeit geboten, selbst e-Learning-Angebote anzubieten. Ebenso wird für die Ausbildung von Führungskräften für den ABC-Einsatz die Nutzung von Virtual Reality (VR)-Technologie getestet.

"Die Erweiterung des e-learning-Angebots an der Hessischen Landesfeuerwehrschule macht die Aus- und Fortbildung hessenweit flexibler und örtlich unabhängiger. Damit ist diese Entwicklung nicht nur ein großer Gewinn für die Feuerwehrangehörigen selbst, sondern auch für deren Familien und Arbeitgeber. Insgesamt machen wir das Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren in Hessen mit den neuen Angeboten noch attraktiver", sagte Dr. h.c. Ralf Ackermann, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, zu der Erweiterung des e-Learning-Angebots.

Rechter Chat in TH

(BS) Mitglieder einer Freiwilligen Feuerwehr in Thüringen werden verdächtigt, eine rechtsextreme Chatgruppe gegründet und entsprechende Inhalte geteilt zu haben. Das Landeskriminalamt (LKA) Thüringen ermittelte gegen die verdächtigen Feuerwehrangehörigen aufgrund möglicher politisch motivierter Straftaten. Die Ermittlungen seien bereits beendet und der Vorgang der Staatsanwaltschaft in Gera übermittelt worden.

Die Ermittlungen der Polizei wurden bereits Ende April gestartet, nachdem die Behörden entsprechende Hinweise erhalten hatte. Aufgrund des Verdachts des Verstoßes gegen das Waffengesetz, der Volksverhetzung und des Verwendens von verfassungsfeindlichen Symbolen durchsuchten Beamte mehrere Objekte und konnten Schreckschusswaffen und Datenträger sicherstellen. Der Thüringer Feuerwehrverband (ThFV) prüft den Sachverhalt und verurteilt rechtsextremes Gedankengut.



Unter den Chatteilnehmern soll auch ein Jugendwart der Feuerwehr sein.

Foto: BS/Thomas Ulrich, pixabay.com

Wieder verschoben

(BS) Aufgrund der steigenden Infektionszahlen hat der Präsidialrat des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) mehrheitlich beschlossen, die Wahl des DFV-Präsidenten zu verschieben. Die Wahl soll nun virtuell im Dezember dieses Jahres abgehalten werden.

Die Präsenzwahl sollte eigentlich am 24. Oktober mit 172 Delegierten in Fulda stattfinden. Eine Wahl ist nötig geworden, nachdem Ende vergangenen Jahres der damalige DFV-Präsident Hartmut Ziebs zurückgetreten war. Es ging ein langer interner Streit im Verband voran. Der Konflikt entzündete sich an Personalentscheidungen und Ziebs Warnung vor rechtsnationalen Tendenzen in der Feuerwehr.

Zur Wahl stehen der Berliner Landesbranddirektor, Dr. Karsten Homrighausen, der Vorsitzende des niedersächsischen Landesfeuerwehrverbandes (LFV NDS), Karl-Heinz Banse, und der Vizepräsident des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg (LFV BB), Frank Kliem.



Hartmut Ziebs trat zum Ende des Jahres 2019 als DFV-Präsident zurück.

Foto: BS/Dombrowsky

DIGITALE SICHERHEIT RHEINLAND-PFALZ

19. NOVEMBER 2020

www.digitale-sicherheit-rlp.de #dsrlp20

RHEINLAND-PFALZ DIGITAL
WIR VERNETZEN LAND UND LEUTE

Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

ONLINE-
EVENT

Bild: stock.adobe.com - metamorworks

ABC-Abwehrregiment startet

(BS) Der Grundstein wurde für das ABC-Abwehrregiment 1 in der Barnim-Kaserne in Strausberg gelegt. Hier nehmen nun die Soldatinnen und Soldaten des Aufstellungstabes ihre Arbeit auf, die Erstbefähigung des Regiments ist für 2022 geplant, die Zielbefähigung für 2027 vorgesehen.

"Das ABC -Abwehrregiment 1 in Strausberg wird zukünftig neben den Standorten Bruchsal und Höxter einer von drei ABC-Abwehrverbänden des ABC-Abwehrkommandos der Bundeswehr sein. Damit gehört es der Streitkräftebasis an", meldete die Bundeswehr. "Die Unterstützung der Bundeswehr in der Abwehr atomarer, radiologischer, biologischer und chemischer Bedrohungen wird neben der Bereitstellung von Kräften für die Unterstützung im Inland und Einsätzen im Ausland zu den Kernaufgaben des Regiments gehören. Auch die Reserve leistet hierzu einen bedeutenden Beitrag.

Dem Regiment werden deshalb neben den bis zu vier aktiven Kompanien voraussichtlich vier Reservekompanien unterstellt."



Generalleutnant Martin Schelleis, Inspekteur der Streitkräftebasis, bei der Aufstellung in Strausberg.

Foto: BS/PIZ SKB

Soldaten unterstützen

(BS) Mit den steigenden Infektionszahlen unterstützen wieder vermehrt Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bei der Eindämmung des Corona-Virus. So helfen Soldaten im Landratsamt Heilbronn im Gesundheitsamt bei der Nachverfolgung von Infektionsketten. Truppensteller ist die 4. Kompanie des Logistikbataillons 461 aus der Nibelungenkaserne in Walldürn.

Innenminister Baden-Württembergs, Thomas Strobl, dankte bei einem Besuch den Soldaten: "Zu Beginn der Pandemie hatten die Betroffenen wegen des sogenannten Lockdowns nur ganz wenige Kontakte, heute muss teilweise eine hohe zweistellige Zahl von Kontakten pro infizierter Person nachverfolgt werden. Das ist für die Gesundheitsämter freilich ein riesiges logistisches Problem. Umso wichtiger, dass die Bundeswehr da ist und wertvolle Unterstützung leistet."

Empfehlungen rund um CO veröffentlicht

(BS) Kohlenmonoxid (CO) ist ein heimtückisches und gefährliches Gas. Es ist geruchs- und geschmacklos sowie für das menschliche Auge unsichtbar. Eine Intoxikation mit dem Gas kann gravierende Langzeitfolgen haben und bis zum Tod führen. Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) hat deshalb zwei Empfehlungen rund um CO veröffentlicht.

Die DGUV widmet sich in einer Empfehlung der Problematik der Abgase von Dieselmotoren



Eine Vergiftung mit Kohlenmonoxid (CO) kann schwerwiegende Folgen haben.

Foto: BS/Andreas Lischka, pixabay.com

toren in Rettungswachen. Da die meisten Fahrzeuge von Feuerwehr und Hilfsorganisationen mit Diesel betrieben werden, können in den (teilweise) geschlossenen Abstellbereichen die Grenzwerte von CO oder Kohlenstoffdioxid (CO₂) durch die Abgase schnell überschritten werden. Dieselpartikel, die von Motoren ausgestoßen werden, gelten als krebserzeugend.

Gemäß der Gefahrstoffverordnung sind Betreiber von Feuerwehren und Hilfsorganisationen verpflichtet, die Gesundheit ihrer Mitarbeiter bei allen Tätigkeiten zu gewährleisten. Deshalb müssen im Zuge einer Gefährdungsbeurteilung alle Risiken ermittelt und die erforderlichen Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Nach Feststellung einer Abgas-Exponierung sind Maßnahmen, wie die Einrichtung einer Absaugvorrichtung zu ergreifen. Bei Neubeschaffungen von Fahrzeugen sollte auch die mögliche Neubeschaffung von Absauganlagen beachtet werden. Zudem können durch weitere Maßnahmen, wie das Verwenden von Druckluftherhaltungssystemen oder von

aufsteckbaren Dieselpartikelfiltern, das Schutzziel erreicht werden.

Warngeräte schützen vor einer Vergiftung

Aber auch an Einsatzorten kann CO gefährlich werden, deshalb ist auch bei jeder Alarmierung zu prüfen, in welchem Maße CO-Warngeräte zu tragen sind. Je nach Expositionslage sind unterschiedliche Maßnahmen zu ergreifen. Bei einer erhöhten CO-Konzentration sollte zum Beispiel die Aufenthaltsdauer im Gefahrenbereich unter 15 Minuten liegen. Bei CO in gefährlicher Konzentration ist der Einsatz nur unter Atemschutz durchzuführen.

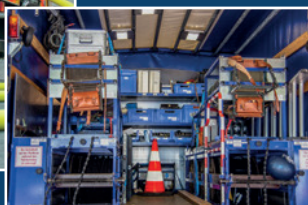
Die Empfehlung "Abgase von Dieselmotoren in Feuerwehrhäusern und Stützpunkten von Hilfeleistungsorganisationen" findet sich [hier](#).

Die Empfehlung "Einsatz von Kohlenmonoxidwarngeräten bei Feuerwehren und Hilfeleistungsorganisationen" findet sich [hier](#).

BOS

Beschaffungertage 2020

10. – 11. November 2020



Fachvorträge und Workshops zu den Themen:

- Das Leistungsbestimmungsrecht bei BOS-Beschaffungen
- Rahmenverträge in der Beschaffungspraxis
- Sicherheits- und haftungstechnische Aspekte bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen
- Lohnt sich eine Innovationspartnerschaft?
- Praktische Unterschwellenvergabe
- Vergabemodelle bei Planung & Bau von BOS-Spezialimmobilien
- eVergabe: aktuelle Rechtsprechung & Praxisaustausch
- Aktuelle vergaberechtliche Rechtsprechung in BOS-orientierter Auslese
- Beschaffung von Einsatzleitwagen: Herausforderungen und Herangehensweisen
- Beschaffung von Einsatz-Schutzkleidung
- Fristenmanagement im Vergabeverfahren
- Leasing von Einsatzfahrzeugen

www.bos-beschaffungertage.de

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Fachliche Leitung

MAYBURG
RECHTSANWALTSGESellschaft mbH
RECHTSANWÄLTE | FACHANWÄLTE

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.